

Stracke stellt sich Fragen und Kritik

Den CSU-Ortsverband beschäftigt viele aktuelle Themen. Sie kommen bei der Jahresversammlung zur Sprache. Der Bundestagsabgeordnete bezieht Stellung zur Energiekrise und zum Fachkräftemangel.

Marktoberdorf Zur Jahresversammlung des CSU-Ortsverbandes Leuterschach begrüßte der Ortsvorsitzende Dieter Luitz zahlreiche Mitglieder, Gäste und den Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke. Luitz blickte zurück und dankte Mitgliedern für ihre Treue und Verdienste. Er kündigte an, dass eine Weihnachtsfeier geplant ist.

Über aktuelle Themen aus der Bundespolitik berichtete Stephan Stracke. Bei der Energiekrise gelte es, soziale Härten zu vermeiden, sagte er. Verwerfungen mit hohem sozialen Sprengstoff hätten Auswirkungen auf den Wohlstand. Stracke betonte zudem, dass auch die Union voll zur Ukraine stehe. Das „Bürgergeld“, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht nachgebessert war, allerdings gehe für ihn in die falsche Richtung.

Was die Landtagswahl 2023 anbelangt, stehen noch viele Aufgaben vor der CSU. Es gelte, für die Opposition noch deutlich mit eigenen Vorschlägen nachzulegen. Für Bayern sieht Stracke eine gute Entwicklung, auch was die Akzeptanz von Markus Söder betrifft. Im Anschluss stand Stracke für eine Diskussion zur Verfügung.

Er musste sich zahlreichen Fragen stellen. Markus Fichtl wollte wissen, wo die Reise in den nächsten Jahren hingeht. Stracke sieht die Gefahr eines massiven Wohl-



Für langjährige Treue ehrten Abgeordneter Stephan Stracke (links) und Dieter Luitz (rechts) von links: Franz Brenner (40 Jahre), Johann Eiband (40), Ludwig Meggle (50), Johann Heim (40) und Romuald Vogler (40). Auf dem Foto fehlen Ludwig Zimmermann (30) und Ludwig Mayr (50). Foto: Robert Herbst

standsverlusts. Zur Sicherung stünden Aufgaben an. So müsse das Fachkräftepotenzial genutzt werden. Tobias Verhaaren sprach von einem absurden Energieproblem, und dass die Leidensfähigkeit an der Basis erreicht ist. Stracke gab ihm recht. Auch er vermisse pragmatische Lösungen. Andererseits sieht er „Streit als Kennzeichen der Demokratie“.

Viel Kritik äußerte Dr. Christof

Albert. Er bemängelte, dass sich das Gesundheitswesen daran orientiere, Geld zu verdienen. Albert berichtete über Krankenschließungen und von der Personalfucht im Pflegebereich. Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden, forderte er. Stracke ging differenziert auf das Thema ein. Der Fachkräftemangel spiele eine Rolle. Die Häuser der Grundversorgung (Füssen, Buchloe)

müssen Ersatzfunktionen für fehlende Haus- und Fachärzte übernehmen. Obwohl das System wirtschaftlich denken und handeln müsse, brauche es ein anderes System der Grundversorgung. „Wir dürfen nicht alles in Richtung der Uni-Kliniken schieben“, sagte er. Er sah die Gefahr, dass „unser Haus (Kaufbeuren) ausbluten wird“. Das dualistische Finanzierungssystem funktioniere nicht.

Zum Abschluss ging Stadträtin Andrea Guggenmos auf den Bericht der Allgäuer Zeitung „Gegen Müll im Idyll“ ein. Darin ging es um eine neue Satzung, die der Stadtrat verabschiedet hat. Darin ist geregelt, was auf städtischen Flächen und Plätzen erlaubt und was verboten ist. Nur so hat die Polizei eine rechtliche Handhabe, wenn es seitens der Bürger zu Anzeigen kommt, sagte sie. (gst)